

Grünes Licht für Neuausrichtung der staatlichen Pensionskasse

Der Landtag verabschiedete das Paket grösstenteils: Für die Erhöhung der Sparbeiträge gab es keine Mehrheit.

Daniela Fritz

Mit fünf Massnahmen will die Regierung die staatliche Pensionskasse neu ausrichten – das Wort «sanieren» hörte Regierungschef Daniel Risch in diesem Zusammenhang nicht gerne. Im Gegensatz zu 2014 gebe es kein «unmittelbares Problem» und die Renten seien für die nächsten Jahre gesichert. Allerdings will man die Pensionskasse nachhaltig sichern und der unerwünschten Umverteilung zwischen Versicherten und Rentnern entgegenwirken. Diese hat sich Ende 2023 auf 102,1 Millionen Franken kumuliert.

Zum einen soll eine neue Rentnerkasse eingerichtet werden, um die Rentner aus der Vorgängerinstitution, der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (PVS), darin einzugliedern und zukünftige Umverteilungen zu verhindern. Die bei der Umwandlung der PVS in die heutige Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) nötig gewordenen Darlehen der Ar-

beitgeber sollen in Eigenkapital umgewandelt werden, damit sich der Deckungsgrad der SPL verbessert. Dieser liegt derzeit bei 99,5 Prozent, war aber auch schon deutlich niedriger.

Weiter ist eine Ausfinanzierung der bestehenden Renten geplant, um die Umverteilung zu den aktiv Versicherten zu verringern und eine Wertschwankungsreserve aufzubauen. Nur wenn eine angemessene Wertschwankungsreserve vorhanden ist, können die Sparguthaben einigermassen stetig verzinst werden.

Diese drei Massnahmen segneten die Abgeordneten gestern bei der zweiten Lesung ohne weitere Diskussionen ab. Für die Erhöhung der Sparbeiträge um zwei Prozentpunkte – also jenes Geld, das die Versicherten (zu 45 Prozent) und Arbeitgeber (zur 55 Prozent) in die Pensionskasse einzahlen – war jedoch keine Mehrheit zu haben. Zwölf Abgeordnete stimmten dagegen, darunter die DpL, ein Grossteil der FBP sowie zwei VU-Politiker. «Das ist für mich einfach zu viel», kritisierte

Thomas Rehak (DpL). Auch Sascha Quaderer (FBP) fand die Regelung «zu grosszügig», auch im Vergleich zum Gewerbe: «Im Hinblick auf ein mögliches Referendum warne ich davor, die Beiträge zu erhöhen. Ich habe jedenfalls kein Verständnis dafür.»

Zweifel an der Rechtmässigkeit von variablen Renten

Auch die Einführung einer variablen Rente, als zusätzliche Möglichkeit neben Kapitalbezug oder fixer Rente, war nicht unumstritten. Damit würden die Rentner am Anlageerfolg der Pensionskasse beteiligt, erhielten also eine Art Bonus neben der Grundrente.

Insbesondere Bettina Petzold-Mähr (FBP) hatte diesbezüglich ihre Bedenken. Sie zweifelt an der Rechtmässigkeit und verwies auf ein Urteil des Schweizer Bundesgerichts. Demnach sei eine variable Rente nur auf den überobligatorischen Teil der Rente anwendbar. «Ich will diese Rechtsunsicherheit in Liechtenstein nicht haben», so Petzold-Mähr. Zudem be-

zweifelt sie, dass viele Rentner dieses Modell wählen und diese Massnahme damit den gewünschten Effekt auf die Situation der SPL haben wird.

Der Regierungschef hingegen betonte, man habe die rechtliche Situation mit mehreren involvierten Stellen geprüft und keine Bedenken. «Für uns ist es ein wesentliches Element in diesem Paket», so Risch. Schliesslich stimmten 17 Abgeordnete für den Vorschlag einer variablen Rente.

Referendum möglich – Antrag auf Volksabstimmung scheiterte

Mit 22 Jastimmen – DpL und Bettina Petzold-Mähr stimmten dagegen – ist die Neuausrichtung der SPL nun aber beschlossene Sache. Das Gesetz tritt per 1. Januar in Kraft, sofern kein Referendum ergriffen wird. Die Politiker rechnen zwar durchaus mit diesem Schritt, von sich aus wollten die Abgeordneten die Vorlage aber nicht dem Volk vorlegen. Ein Antrag von Thomas Rehak scheiterte ausserhalb seiner Parteigrenzen.